

Statistikbelastung der Unternehmen: Reduzierung der Berichtspflichten kann nicht viel zum Bürokratieabbau beitragen

Ingo Pfeiffer
ipfeiffer@diw.de

Reiner Stäglin
rstaeglin@diw.de

Bei Diskussionen über die Belastungen der Wirtschaft durch „Bürokratie“ wird oft auch die amtliche Statistik einbezogen. Sie gilt vielfach als Musterbeispiel unnötiger, aber zeitraubender Beanspruchung der Unternehmen durch den Staat. Eine Untersuchung des DIW Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie¹ hat ergeben, dass die Belastung der Unternehmen durch die amtliche Statistik mit 230 Mill. Euro pro Jahr weitaus geringer ist als vielfach behauptet. Andere gesetzliche Melde- und Aufzeichnungspflichten, wie im Personalwesen, erfordern einen wesentlich höheren Zeitaufwand. Die Untersuchung, die sich auf Angaben von rund 75 000 Unternehmen stützt, korrigiert damit frühere, erheblich höhere Kostenschätzungen anderer Institute. Ein schneller, breit spürbarer Erfolg beim Abbau von Bürokratielasten wäre nach diesen Befunden auch bei einer drastischen Reduzierung der Erhebungen Statistischer Ämter nicht zu erzielen. Gleichwohl klagen viele Unternehmen nicht grundlos. Ein kleiner Teil der Unternehmen hat regelmäßig zeitaufwendige Statistikmeldungen zu erbringen. Hier sollte für eine gleichmäßigere Verteilung der Lasten gesorgt werden.

Die Belastung der Wirtschaft durch zuviel staatliche Bürokratie ist ein Dauerthema in Politik und Medien.² Ein oft zitiertes Beispiel für vermeintlich unnötig großen bürokratischen Aufwand ist die amtliche Statistik. Inwieweit diese Sichtweise berechtigt ist, war zwischen Unternehmensrepräsentanten, interessierten Wissenschaftlern und Vertretern der amtlichen Statistik bisher umstritten. Auch einige in der jüngeren Vergangenheit durchgeführte Untersuchungen erbrachten keine eindeutigen Ergebnisse.

Um zu einer Versachlichung dieser Diskussion beizutragen, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) im November 2003 dem DIW Berlin den Auftrag erteilt, eine Untersuchung über „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ durchzuführen. Ziel der Untersuchung war es,

¹ Ingo Pfeiffer, Reiner Stäglin und Andreas Stephan: Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken. DIW Berlin: Politikberatung kompakt 19. Berlin 2006.

² Auch die Regierung der großen Koalition hat den Abbau von Bürokratie zu einem ihrer politischen Ziele erklärt. Siehe den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005: „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“, Kapitel 9.1 Entlastung der Bürger und der Wirtschaft von Bürokratiekosten. Die Bundesregierung hat sich das in den Niederlanden entwickelte und in einigen europäischen Ländern bereits angewendete Standard-Kosten-Modell (SKM) zum Vorbild genommen. Siehe hierzu Jürgen Chlumsky: Durchführung der Standard-Kosten-Messung auf Bundesebene, Vortrag auf der Tagung der Bertelsmann-Stiftung „Das Standard-Kosten-Modell in Deutschland und Europa – Erste Erfahrungen und Ergebnisse“, 26./27. Juni 2006, Berlin.

Inhalt

Statistikbelastung der Unternehmen:
Reduzierung der Berichtspflichten
kann nicht viel zum Bürokratieabbau
beitragen
Seite **429**

- objektive und quantifizierte Informationen über die Belastung von Unternehmen in Deutschland durch Meldepflichten zur amtlichen Statistik beitzustellen,
- die Gründe der Belastung zu ermitteln, um Ansatzpunkte für eine Reduzierung des Befragungsaufwandes oder für eine Verbesserung der statistischen Erhebungen zu identifizieren,
- einen Anhaltspunkt für die Relation von amtlicher zu nicht-amtlicher Statistik und zu Dienstleistungen von Unternehmen für die öffentliche Verwaltung zu gewinnen sowie
- den Nutzenaspekt der amtlichen Statistik in die Diskussion einzubringen. Hierbei war es indes nicht Ziel, den Informationswert einzelner Statistiken zu bewerten.

Die Daten für diese Untersuchung stammen aus Befragungen der Statistischen Ämter und des DIW Berlin im Jahr 2004 und aus dem beim Statistischen Bundesamt geführten Unternehmensregister der Statistischen Ämter (URS).³

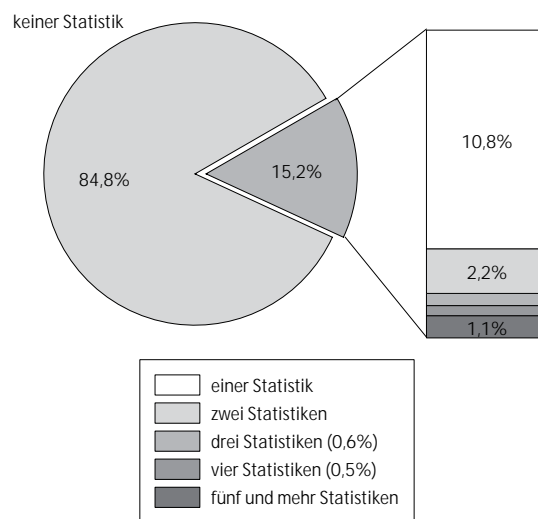
15 % aller Unternehmen meldepflichtig

Das Unternehmensregister ermöglicht einen Überblick über das Ausmaß, in dem die Unternehmen von Erhebungen der Statistischen Ämter (amtliche Statistik) betroffen sind. Eine Auswertung für das Jahr 2004 zeigt, dass von den knapp 3,5 Mill. Unternehmen in Deutschland rund 85 % zu keiner amtlichen statistischen Erhebung herangezogen wurden (Abbildung 1). Von den rund 528 000 Unternehmen,

Abbildung 1

Inanspruchnahme der Unternehmen durch Erhebungen der Statistischen Ämter im Jahr 2004

... Prozent der 3,5 Mill. Unternehmen melden zu ...



Quelle: Unternehmensregister der Statistischen Ämter, Stand Oktober 2004.

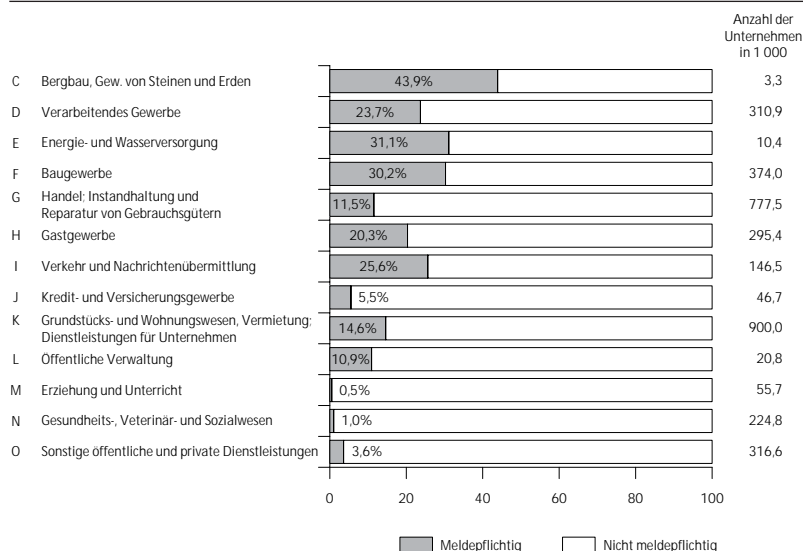
DIW Berlin 2006

die Statistikpflichten zu erbringen hatten, meldeten 10,8 % zu einer Statistik und 2,2 % zu zwei Statistiken. Von drei und mehr statistischen Erhebungen waren ebenfalls 2,2 % der Unternehmen betroffen; die Hälfte davon musste fünf und mehr Erhebungen beantworten.

Am höchsten ist der Anteil der meldepflichtigen Unternehmen in den Wirtschaftsabschnitten des produzierenden Gewerbes, also C bis F (Abbildung 2).⁴

Abbildung 2

Meldepflichtige Unternehmen nach Wirtschaftsabschnitten der Klassifizierung der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003



Quelle: Unternehmensregister der Statistischen Ämter, Stand Oktober 2004.

DIW Berlin 2006

Intrahandelsstatistik am zeitaufwendigsten

Die Angaben in Tabelle 1 zeigen die von den betroffenen Unternehmen und Betrieben für die einzelnen Erhebungen der Statistischen Ämter im Jahr 2004 aufgewendete durchschnittliche Bearbeitungszeit

³ Die Erfüllung des Untersuchungsauftrages setzte eine enge Kooperation zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder und dem DIW Berlin voraus. Die Auswertung der Befragungsdaten wurde aus Datenschutzgründen im Wege der Fernrechnung im Statistischen Bundesamt in ausschließlicher Verantwortung des DIW Berlin vorgenommen. Begleitet wurde die Untersuchung durch einen Projektbeirat, dem Vertreter des Auftraggebers, der Statistischen Ämter sowie ausgewählter Wirtschaftsverbände angehörten.

⁴ Das erklärt sich dadurch, dass hier ab einer bestimmten Abschnitdegrenze Vollerhebungen durchgeführt werden. Da in den Abschnitten Handel und Gastgewerbe (G und H) Stichprobenerhebungen dominieren, ist der Anteil der berichtspflichtigen Registereinheiten dort entsprechend niedriger. Der relativ hohe Anteil der berichtspflichtigen Unternehmen in den Wirtschaftsabschnitten I und K ist auf die seit 2001 durchgeführte Dienstleistungsstatistik zurückzuführen.

Tabelle 1

Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der Statistischen Ämter im Jahr 2004

Stat.-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Belastungsbogen		Mittelwerte		
		Rücklauf	verwertbare Antworten	der Bearbeitungs- zeit je Meldevorgang	des jährlichen Meldeaufwandes	
				in Minuten	Rangfolge	
Statistiken im Produzierenden Gewerbe						
001	Monatsbericht Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1 198	1 185	77	929	6
002	Mehrbetriebsuntern. Bergbau u. Verarb. Gewerbe	364	353	78	78	63
007	Monatl. Produktionserh. Bergbau u. Verarb. Gewerbe	249	247	85	1 014	5
010	Vierteljähr. Produktionserh. Bergbau u. Verarb. Gewerbe	499	493	99	397	22
011	Investitionserh. (Betriebe) Bergbau u. Verarb. Gewerbe	181	177	118	118	47
012	Investitionserh. (Unternehmen) Bergbau u. Verarb. Gew.	875	858	79	79	61
016	Eisen- und Stahlstatistik	118	115	74	886	7
026	Holzstatistik	57	55	123	491	16
028	Düngemittelstatistik	31	30	64	257	32
046	Monatsbericht Bauhauptgewerbe	283	280	93	1 118	4
047	Vierteljähr. Bericht Ausbaugewerbe	426	420	74	296	28
049	Auftragsbestand Bauhauptgewerbe	101	100	94	377	24
052	Totalerhebung Bauhauptgewerbe	1 527	1 464	67	67	68
053	Jährl. Zusatzerhebung Ausbaugewerbe	842	821	87	87	58
054	Unternehmens- u. Investitionserh. Bauhauptgewerbe	432	428	106	106	49
055	Unternehmens- u. Investitionserh. Ausbaugewerbe	460	452	78	78	62
060	Energieverwendung (Betriebe) Bergbau u. Verarb. Gew.	2 199	2 159	63	63	69
061	Kohleimport und -export	7	6	59	710	9
063	Erhebung über Biotreibstoffe	15	14	180	180	41
064	Erzeugung, Bezug, Verwendung u. Abgabe von Wärme	112	109	121	121	46
065	Monatsbericht Energie- u. Wasserversorgung	174	173	58	695	10
066	Monatsbericht Elektrizitätsvers. (allgemeine Versorgung)	114	113	70	835	8
067	Stromerzeugungsanlagen zur Eigenversorgung	57	55	269	269	30
068	Monatsbericht allgemeine Gasversorgung	8	7	114	1 372	3
070	Erhebung über die Stromeinspeisung bei Netzbetreibern	96	95	125	125	44
073	Erhebung über Klärgas	272	269	54	54	70
075	Abgabe von Flüssiggas	24	23	81	81	60
076	Investitionserh. (Betriebe) Energie- u. Wasserversorgung	91	90	236	236	34
077	Investitionserh. (Unternehmen) Energie- u. Wasservers.	176	174	335	335	25
081	Kostenstruktur (Unternehmen) Energie- u. Wasservers.	237	233	481	481	19
082	Jahreserh. Abgabe sowie Ein- und Ausfuhr von Gas	191	189	222	222	36
083	Jahreserhebung Stromabsatz und Erlöse	158	155	214	214	38
013	Kostenstruktur im Verarbeitenden Gew. (2003 für 2002)	8 643	8 534	266	266	31
013K	Strukturerh. im Verarbeitenden Gewerbe (2002 für 2001)	2 286	2 205	90	90	56
013K (neu)	Strukturserhebung im Verarbeitenden Gewerbe (2004)	167	158	70	70	67
056	Kostenstruktur Bauhaupt- u. Ausbaugew. (2003 für 2002)	2 707	2 677	222	222	35
056K	Strukturerh. Bauhaupt- u. Ausbaugewerbe (2002 für 2001)	2 568	2 491	99	99	50
Statistiken im Handel und Gastgewerbe						
290	Intrahandelsstatistik	2 533	2 507	287	3 448	1
459 d	Monatliche Handelsstatistik (Einzelhandel)	1 180	1 159	36	428	21
459 z	Monatliche Handelsstatistik (Großhandel, Handelsverm.)	3 604	3 565	33	394	23
460 (neu)	Jährliche Handelsstatistik	2 074	2 036	97	97	52
460	Jährliche Handelsstatistik (2002 für 2001)	5 868	5 751	126	126	43
466	Monatsbericht im Gastgewerbe	445	428	39	462	20
467	Jährliche Gastgewerbestatistik	681	667	82	82	59
469	Monatsbericht Beherbergung im Reiseverkehr	1 320	1 277	40	485	18
Dienstleistungsstatistik, Statistiken zu Freiberuflern und Handelsvertretern						
271	Kostenstruktur Freie Berufe u. weitere Dienstleistungen	1 837	1 799	93	93	53
273	Jährliche Dienstleistungsstatistik (Bereiche I und K)	2 882	2 842	97	97	51
274	Konjunkturstatistik in best. Dienstleistungsbereichen	663	642	46	185	39
Verkehrsstatistiken						
297	Eisenbahnstatistik (Unternehmens- u. Verkehrsstatistik)	87	85	149	1 790	2
300	Personenbeförderung im Straßenverkehr (Unternehmen)	178	171	272	272	29
301	Personenbeförderung im Straßenverkehr (Verkehr)	135	133	122	487	17
307	Binnenschiffahrtsstatistik (2003 für 2002)	846	814	42	42	72
314	Luftfahrtstatistik (2003 für 2002)	230	226	87	87	57
Handwerksstatistiken						
040	Vierteljähr. Handwerksberichterstattung (Direktmelder)	2 721	2 645	36	142	42
Umweltstatistiken						
500	Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft	1 141	1 113	92	92	54
501	Betriebliche Abfallentsorgung (öffentliche Müllabfuhr)	233	225	184	184	40
513	Einsammeln v. Verkaufs-, Um- und Transportverpackungen	296	293	122	122	45
521	Ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe	352	342	77	77	64
524	Investitionen für den Umweltschutz (Produzierendes Gew.)	3 418	3 350	75	75	65
525	Lfd. Aufwend. für den Umweltschutz (Prod. Gew. o. Bau)	6 943	6 770	116	116	48
526	Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	63	60	72	72	66
Lohn- und Gehaltsstatistiken						
411	Laufende Verdiensterhebung in Industrie und Handel	567	559	54	215	37
412	Verdiensterhebung im Handwerk	326	316	51	51	71
413	Bruttojahresverdiensterhebung in Industrie und Handel	1 389	1 370	90	90	55
489	Arbeitskostenerhebung	712	695	534	534	14
Preisstatistiken						
390 d + z	Index der Erzeugerpreise des Produzierenden Gewerbes	370	365	26	314	27
391	Index der Erzeugerpreise in der Landwirtschaft	84	81	27	322	26
394 d + z	Index der Großhandelsverkaufspreise	324	322	20	241	33
395	Index der Einkaufspreise landwirtschaftl. Betriebsmittel	137	136	52	624	12
398E	Index der Einfuhrpreise	1 583	1 509	46	546	13
398A	Index der Ausfuhrpreise	1 424	1 340	44	526	15
401	Index der Baupreise, Neubauten usw.	323	316	57	689	11
Summe der Statistiken		74 924	73 316	—	—	—

Zwei Statistiken fehlen in dieser Aufstellung, da der geringe Umfang des Rücklaufs unterhalb der Geheimhaltungsgrenze liegt.

Quelle: Auswertung der amtlichen Belastungserhebung durch das DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Amtliche Belastungserhebung

Die durch die Auswertung des Unternehmensregisters gewonnene zahlenmäßige Information über die individuelle und die gesamte Betroffenheit von Unternehmen durch Erhebungen der Statistischen Ämter reicht nicht aus, um eine Aussage über die tatsächliche Statistikbelastung der Befragten zu machen. Hierfür sind vielmehr Kenntnisse über den Zeitaufwand zur Bearbeitung der Meldungen nötig. Diese Informationen wurden mit der amtlichen Belastungserhebung, die von den Statistischen Ämtern durchgeführt wurde, gewonnen.

Sie bezog sich auf die 74 Statistiken, die im Jahr 2004 vom Statistischen Bundesamt (18 zentrale Statistiken) und von den Statistischen Landesämtern (56 dezentrale Statistiken) erhoben wurden. Die Befragung wurde im unmittelbaren Zusammenhang mit der jeweiligen statistischen Erhebung mit einem eigenständigen Fragebogen vorgenommen, in dem nach dem Zeitaufwand für die Erhebung, nach den daran beteiligten Stellen und nach der Herkunft der geforderten Angaben, nach Schwierigkeiten bei der Beantwortung sowie nach Verbesserungsvorschlägen gefragt wurde.

Unter Zeitaufwand wird die Arbeitszeit verstanden, die im Unternehmen oder Betrieb unmittelbar für die Beantwortung der Fragen der jeweiligen statistischen Erhebung erforderlich ist (einschließlich der Recherche der geforderten Daten und ihrer Übermittlung).

Die in die amtliche Belastungserhebung einbezogene Zahl von berichtspflichtigen Unternehmen und Betrieben betrug rund 168 300. Knapp 75 000 Berichtspflichtige (44,5 %) haben den Belastungsbogen beantwortet. Die Spanne der statistikspezifischen Rücklaufquoten lag zwischen 7,9 % bei der dezentralen Statistik über „Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz“ mit 63 Antwortbogen und 84,5 % bei der dezentralen Erhebung über „Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft“ mit 1 141 Antwortbogen. Die Informationen auf den Belastungsbogen wurden dann um die im Unternehmensregister (URS) gespeicherten Merkmale (Beschäftigte, Umsatz, Wirtschaftszweig, weitere bestehende Meldepflichten zu anderen statistischen Erhebungen) komplettiert.

in Minuten je Meldevorgang (Kasten 1). Aus Vergleichsgründen wurde eine Normierung auf Jahresbasis vorgenommen, d. h., die Zeitangaben für Statistiken mit monatlicher Meldefrequenz wurden mit 12 und diejenigen mit vierteljährlicher Meldefrequenz mit vier multipliziert. Zeitangaben für die drei Statistiken mit mehrjährigen Meldefrequenzen wurden dagegen nicht umgerechnet, weil der Meldeaufwand im Jahr 2004 angefallen ist. Die so ermittelten jährlichen Bearbeitungszeiten für die amtlichen Statistiken wurden in eine Rangfolge gebracht. Die Intrahandelsstatistik, die die Warenströme innerhalb der Europäischen Union erfasst, erweist sich dabei mit einem Meldeaufwand von 57 ½ Stunden (Rang 1) als besonders aufwendig und die Binnenschiffahrtsstatistik nimmt mit 42 Minuten den letzten Rang ein.

Der hohe Zeitaufwand für die Intrahandelsstatistik hat verschiedene Gründe: So spielen die im Jahr abgegebenen Meldungen pro Handelsweg (Versendungen und Eingänge), die Verteilung der Meldungen auf die Monate und ihre mögliche Kumulierung sowie die Nutzung der verschiedenen Meldeformen (ASCII-Datenträger, ASCII-Online, IDES-Datenträger, IDES-Online, Online-Formular, Papier-Formular) eine wichtige Rolle. Testrechnungen haben ergeben, dass eine Erhöhung des Automatisierungsgrades, für die es auch Reserven gibt, bei den statistischen Meldungen zu einer Zeitersparnis von bis zu 50 % bei den meldenden Berichtseinheiten führen kann.

Auch bei anderen Statistiken wie dem Index der Ausführpreise (Rang 15) und dem Index der Einfuhrpreise (Rang 13) sind die verschiedenen Meldeformen und spezifische Mengengerüste von Bedeutung. Die mit knapp 15 Stunden Bearbeitungszeit zu den am stärksten belastenden Erhebungen zählende Eisen- und Stahlstatistik (Rang 7) unterscheidet 16 verschiedene Erhebungsbogen. Bei der 17 Stunden beanspruchenden monatlichen Produktionserhebung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe (Rang 5) sind in einem einzelnen Fragebogen für jede Güterart Meldenummer, Maßeinheit, produzierte Menge, Verkaufswert und die zur Weiterverarbeitung bestimmte Menge anzugeben.

Hinter den durchschnittlichen Werten zum Zeitaufwand verbirgt sich eine breite, aber sehr einseitige Verteilung über die meldepflichtigen Unternehmen. Dies verdeutlicht die Abbildung 3 für den Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe. Der Großteil der Unternehmen kommt hier mit einer Bearbeitungszeit je Meldevorgang von bis zu 2 Stunden aus, es gibt aber auch einige Unternehmen, die bis zu 20 Stunden brauchen.

Meldeaufwand insgesamt bei 6,7 Mill. Stunden

Von den Angaben der an der Belastungsbefragung beteiligten Unternehmen kann hochgerechnet werden auf die Gesamtheit der im Jahr 2004 zu Erhebungen der Statistischen Ämter herangezogenen

Unternehmen.⁵ Dabei wurden Verzerrungen in der Auswahl der Belastungsbefragung korrigiert.

Die Hochrechnung ergibt einen gesamten Meldeaufwand von rund 6,7 Mill. Stunden. Dies entspricht einem durchschnittlichen Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen im Jahr 2004 von 12,7 Stunden⁶ oder einem monatlichen Meldeaufwand von 64 Minuten (Tabelle 2).

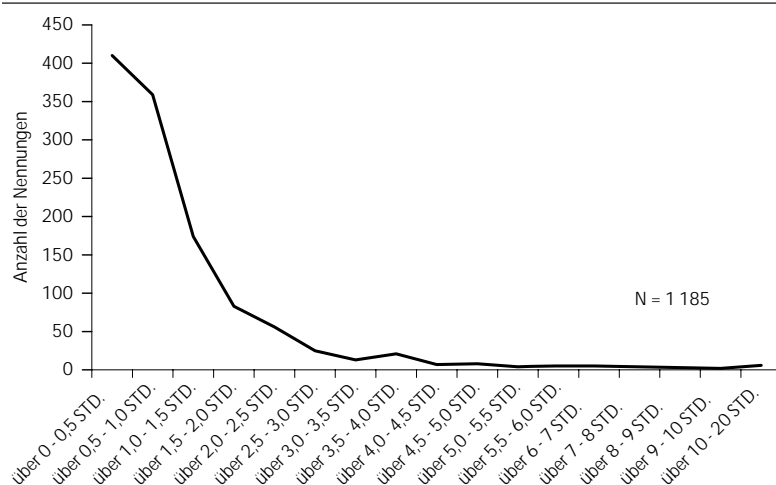
Der Aufwand steigt in Abhängigkeit von der Größe der Unternehmen, die an der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gemessen wird. Unternehmen mit bis zu 9 Beschäftigten setzen zur Erfüllung amtlicher Statistikanforderungen im Mittel 6,1 Stunden ein, also knapp halb so viel wie der Durchschnitt, Großunternehmen (ab 500 Beschäftigte) hingegen mit 122,3 Stunden zehn Mal so viel wie der Durchschnitt. Auffällig ist, dass sich der durchschnittliche Aufwand der Unternehmen in den mittleren Größenklassen von einer Klasse zur nächsten etwa verdoppelt. Offenbar nehmen mit steigender Unternehmensgröße nicht nur die Zahl der Meldepflichten, sondern bei vielen Statistiken auch der Bearbeitungsaufwand je Meldung zu.

Die Veränderung des Bearbeitungsaufwandes in Abhängigkeit von der Zahl der zu bearbeitenden Statistiken ist Tabelle 3 zu entnehmen. Der Aufwand steigt von 5,8 Stunden pro Jahr bei den Unternehmen, die nur eine Statistik zu bearbeiten haben (70,9 %) auf 141,3 Stunden bei den 5 800 Unternehmen (1,1 %), die von 10 oder mehr Statistiken betroffen sind. Darunter sind 67 Unternehmen, die im Jahr 2004 zu 18 und mehr Erhebungen der statistischen Ämter melden mussten.

Aus den vorstehenden Zahlen folgt zweierlei: Zum einen ist der relativ niedrige Gesamtdurchschnitt

Abbildung 3

Bearbeitungszeit je Meldevorgang für den Monatsbericht Bergbau und verarbeitendes Gewerbe im Jahr 2004



Quelle: Auswertung der amtlichen Belastungserhebung durch das DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

der zeitlichen Belastung Reflex der Tatsache, dass viele kleine Unternehmen nur zu einer oder zwei, zumeist wenig bearbeitungsintensiven, Statistiken

5 Zunächst wurde an Hand der Befragungsdaten mittels statistisch-ökonomischer Verfahren geprüft, welchen Einfluss die spezifische Statistik, der Wirtschaftszweig und die Beschäftigtengrößenklasse auf die Bearbeitungsdauer ausüben. Zeigten sich dabei signifikante Unterschiede, wurden für diese Gruppen die spezifischen Mittelwerte, sonst der Gesamtmittelwert zur Hochrechnung benutzt. Basis für die derart differenzierte Berechnung waren die Daten des URS, in denen Unternehmen und Betriebe nach Beschäftigtenzahl und Wirtschaftszweig mit ihren statistischen Berichtspflichten nachgewiesen sind. Der mittlere Bearbeitungsaufwand für einzelne Statistiken, der sich aus den Befragungsdaten ergibt (Tabelle 1), hat sich durch das Hochrechnungsverfahren nur in Einzelfällen stärker verändert.

6 In Österreich lag der durchschnittliche Zeitaufwand je meldepflichtigem Unternehmen im Jahr 2002 bei 13,7 Stunden, siehe Norbert Rainer, Josef Richter: Belastung der österreichischen Wirtschaft durch Erhebungen der Statistik Austria 2001–2003. In: Statistische Nachrichten 6/2004, S. 579.

Tabelle 2

Meldepflichtige Unternehmen und ihr Meldeaufwand für die Erhebungen der Statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Beschäftigtengrößenklassen

Größenklasse nach sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Meldepflichtige Unternehmen		Meldeaufwand		Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen	
	in 1 000	%	1 000 Stunden	%	Stunden	Index
Ohne Angabe ¹	141,1	26,7	1 087,5	16,2	7,7	60,6
Bis 9	220,8	41,8	1 353,1	20,2	6,1	48,0
10 bis 19	64,3	12,1	610,9	9,1	9,5	74,8
20 bis 49	55,6	10,5	1 267,8	18,9	22,8	179,5
50 bis 249	37,4	7,1	1 467,6	21,9	39,3	309,4
250 bis 499	5,1	1,0	382,7	5,7	75,7	596,1
500 und mehr	4,4	0,8	536,6	8,0	122,3	963,0
Insgesamt	528,5	100,0	6 706,2	100,0	12,7	100,0

1 Eine Besonderheit stellt die Klasse „Ohne Angabe“ dar. Zu ihr gehören jene Unternehmen, die im zugrunde liegenden Datenmaterial des Registers der Bundesagentur für Arbeit nicht enthalten sind, weil für sie keine Angaben über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte vorliegen. Dies können Kleinunternehmen sein, in denen Selbständige und mithelfende Familienangehörige tätig sind; es können aber auch große Organträger sein, die gegenüber der Steuerverwaltung den Gesamtumsatz der zugehörigen Organgesellschaften melden, ohne über eigenes Personal zu verfügen. Dieser Sachverhalt muss bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Größenklasse beachtet werden.

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Tabelle 3

Meldepflichtige Unternehmen und ihr Meldeaufwand für die Erhebungen der Statistischen Ämter im Jahr 2004 nach der Zahl der zu bearbeitenden Statistiken

Zahl der zu bearbeitenden Statistiken	Meldepflichtige Unternehmen		Meldeaufwand		Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen	
	in 1 000	%	1 000 Stunden	%	Stunden	Index
1 Statistik	374,6	70,9	2 198,8	32,8	5,8	45,7
2 Statistiken	73,9	14,0	844,4	12,6	11,4	89,8
3 Statistiken	22,8	4,3	564,9	8,4	24,7	194,5
4 Statistiken	18,0	3,4	500,7	7,5	27,8	218,9
5 Statistiken	12,5	2,4	500,4	7,5	39,9	314,2
6 Statistiken	8,1	1,5	418,3	6,4	51,4	404,7
7 Statistiken	5,7	1,1	332,9	5,0	58,1	457,5
8 Statistiken	4,1	0,8	274,1	4,1	67,3	529,9
9 Statistiken	2,9	0,6	238,7	3,6	80,9	837,0
10 u. m. Statistiken	5,8	1,1	82,1	12,3	141,3	1 112,3
Insgesamt	528,5	100,0	6 706,2	100,0	12,7	100,0

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

melden müssen. Zum anderen wird ein insgesamt kleiner Anteil der meldepflichtigen Unternehmen (7,5 %), darunter auch relativ viele mittlerer Größe, zu mindestens fünf verschiedenen Statistiken herangezogen und damit weit überdurchschnittlich in Anspruch genommen.

11 Statistiken verursachen rund 80 % des gesamten Meldeaufwandes

Der Meldeaufwand für die einzelnen Statistiken liegt zwischen 415 Stunden bei der Düngemittelstatistik und knapp 2,8 Mill. Stunden bei der Intrahandelsstatistik. Die Hochrechnung des Zeitaufwandes für

die Düngemittelstatistik basiert auf Angaben von 67 Unternehmen, von denen jeweils 11 aus den Größenklassen 20 bis 49 Beschäftigte und 500 und mehr Beschäftigte stammen. Bei der Intrahandelsstatistik lagen dagegen 57 233 Meldungen vor, von denen die meisten von Kleinunternehmen (mit bis zu 9 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) stammen.

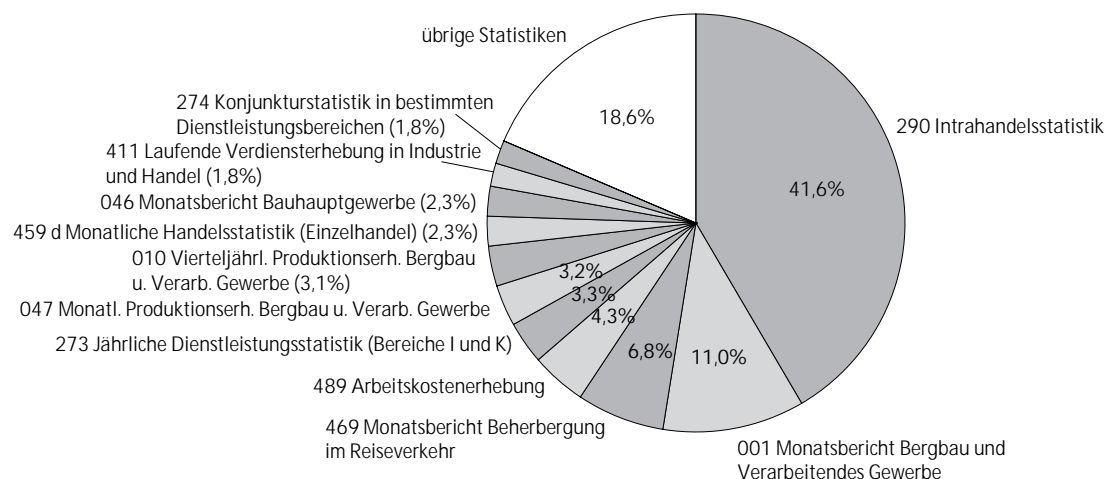
Die Intrahandelsstatistik verursacht von allen Erhebungen der Statistischen Ämter – nicht nur in Deutschland⁷ – den höchsten zeitlichen Aufwand. Auf sie entfielen 2004 fast 42 % des gesamten Mel-

⁷ In Österreich entfielen im Jahr 2004 fast 59 % des gesamten Meldeaufwandes für STATISTIK AUSTRIA auf die Intrahandelsstatistik.

Abbildung 4

Zeitaufwand der Unternehmen für einzelne Erhebungen der Statistischen Ämter im Jahr 2004

... Prozent des Meldeaufwandes sind verursacht durch ...

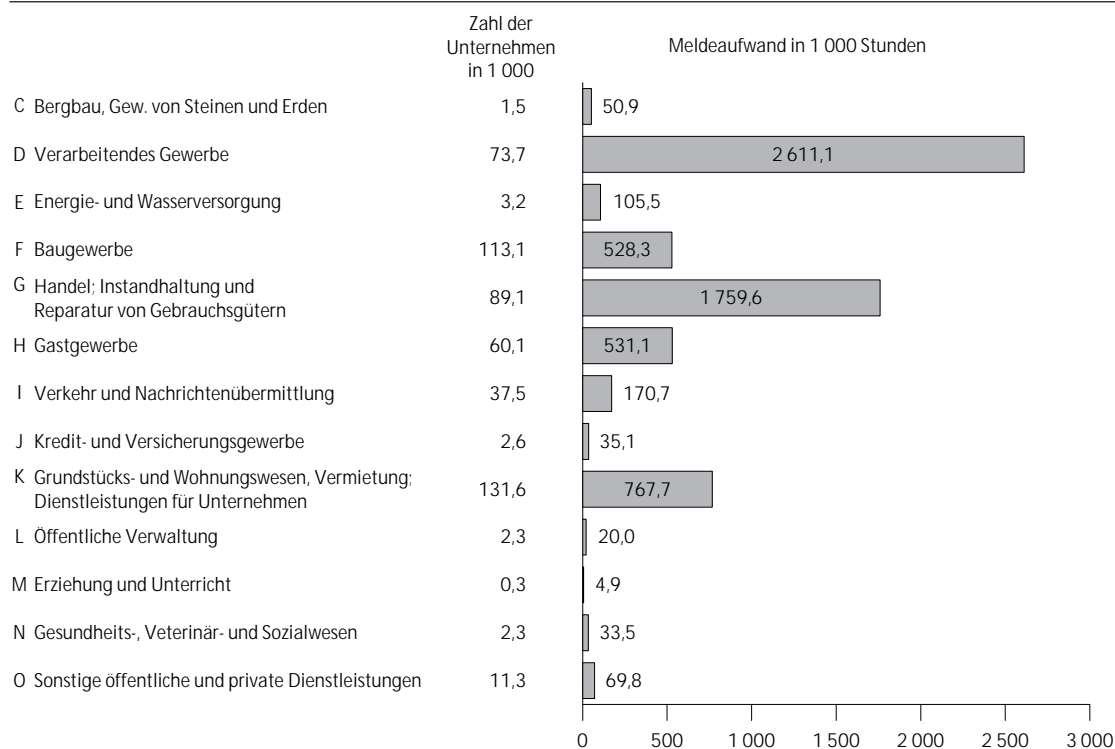


Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des DIW Berlin..

DIW Berlin 2006

Abbildung 5

Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der Statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Wirtschaftsabschnitten der Klassifizierung der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003



Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des DIW Berlin..

DIW Berlin 2006

deaufwandes (Abbildung 4). Auf den Monatsbericht im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe entfällt ein Neuntel des Zeitaufwandes, den gleichen Anteil an der zeitlichen Belastung ergeben zusammen genommen der Monatsbericht Beherbergung im Reiseverkehr und die vierjährige Arbeitskostenerhebung. Damit entfielen auf 11 Statistiken 81 % des gesamten statistischen Meldeaufwandes.

Verarbeitendes Gewerbe am stärksten belastet

Der größte Meldeaufwand entfällt auf die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bereichs Handel, Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern und des Bereichs Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen (Abbildung 5).

Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes sind es die Unternehmen der drei Zweige Maschinenbau, Metallherzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallherzeugnissen sowie Büromaschinen, DV, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, die mit einem Anteil von 45 % an allen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes gut 46 % des Meldeaufwandes von 2,6 Mill. Stunden erbringen.

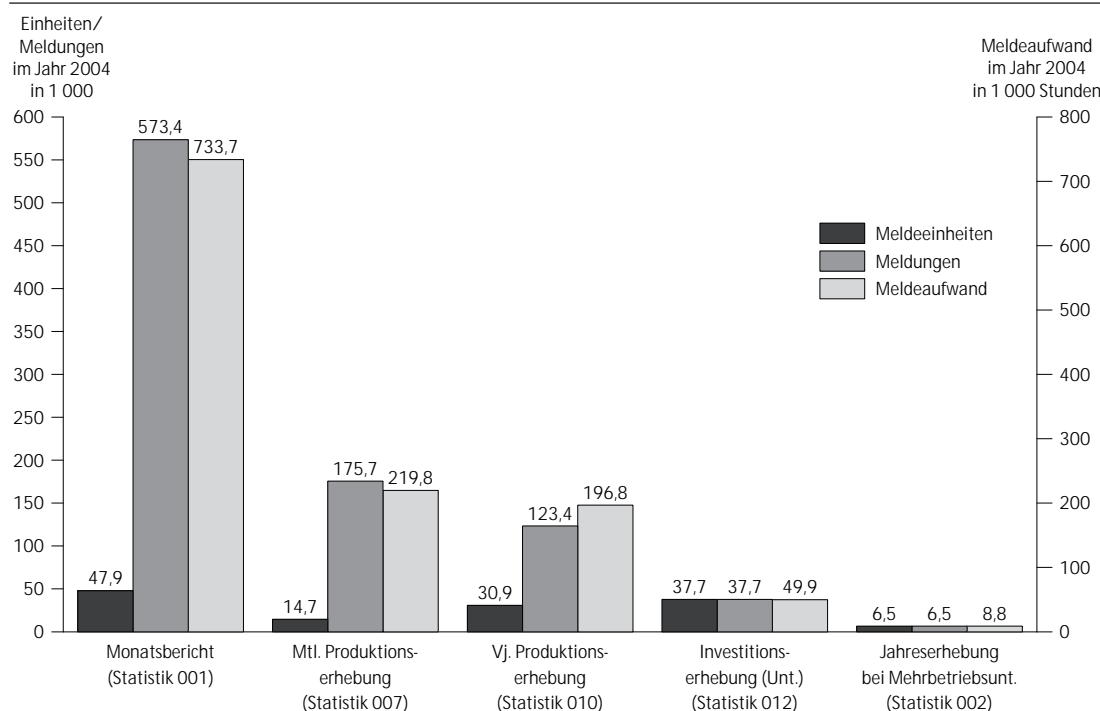
Kostenbelastung der Unternehmen bei 230 Mill. Euro

Auf der Basis des im Rahmen der DIW-Belastungsuntersuchung ermittelten tatsächlichen Zeitaufwandes von 6,7 Mill. Stunden lässt sich die Kostenbelastung der Unternehmen durch amtliche Statistiken abschätzen. Dafür wurde der für zehn Wirtschaftsbereiche ermittelte Meldeaufwand herangezogen und mit den Stundensätzen aus der Arbeitskostenerhebung bzw. mit den Lohnkosten je Arbeitnehmerstunde aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen multipliziert; im Durchschnitt lag der hier verwendete Arbeitskostensatz bei 34,33 Euro. Zuvor wurden die sektoralen Arbeitskosten je Stunde um einen Gemeinkostenzuschlag von 33 % erhöht. Die Berechnung ergibt, dass von den Unternehmen in Deutschland 230 Mill. Euro für die von den Statistischen Ämtern im Jahr 2004 durchgeführten Erhebungen aufgewendet werden mussten.

Andere Untersuchungen basieren auf Ergebnissen von Befragungen, bei denen die Unternehmen und Betriebe nach ihrer Einschätzung über den durch Informationspflichten verursachten Aufwand gefragt wurden. Dies trifft nicht nur für den Zeitaufwand zu, sondern gilt auch für die mit dem Meldeaufwand verbundenen Kosten. Diese sind für den Be-

Abbildung 6

Für die Reform der Unternehmensstatistik vorgesehene Erhebungen der Statistischen Ämter im verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

reich der Statistik generell vom Institut für Mittelstandsforschung Bonn (IfM) für das Jahr 2003 mit 4,31 Mrd. Euro angegeben worden.⁸ Abweichend davon werden in der jüngsten IfM-Studie aus dem Jahr 2005 – ausgehend von vor Ort mit der Stoppuhr gemessenen Zeitaufwendungen – die Kosten für die Verdiensterhebungen auf 1,9 Mill. Euro und die Kosten für die Intrahandelsstatistik auf 39,2 Mill. Euro geschätzt.⁹

Entlastungspotentiale nur gering

Die Belastungsbefragung bietet neben den Informationen über den Bearbeitungsaufwand auch eine Fülle von Hinweisen auf Mängel im Fragenprogramm und Erhebungsverfahren sowie von Änderungsvorschlägen. Als Kritikschwerpunkte haben sich Mängel der terminlichen wie begrifflichen Abstimmung zwischen den verschiedenen Statistiken, die Häufung der Auskunftspflichten bei einem relativ kleinen Kreis von Unternehmen sowie die Überforderung der Berichtssysteme vor allem kleinerer Unternehmen durch sehr differenzierte Datenanforderungen herausgestellt. Um die Beanspruchung zu verringern, wird die verstärkte Nutzung anderer Datenquellen, insbesondere die der Verwaltung und der Finanzämter, die Straffung des Erhebungsprogramms sowie eine Anpassung

der Begrifflichkeiten an die betrieblichen Informationssysteme gefordert.

Soweit es sich um Probleme praktischer Abläufe wie die Handhabung von Terminen oder die Vermeidung von Häufungen der Auskunftspflichten handelt, z. B. durch die Einrichtung eines zentralen Datenpools, sind die Statistischen Ämter Adressat dieser Anforderungen. Deren permanente Bemühungen um Entlastung der Befragten wird von den Auskunftspflichtigen auch anerkannt, gleichwohl scheinen im Detail weitere Verbesserungen erforderlich und möglich zu sein. Eine benutzerfreundlichere Gestaltung der Fragebogen oder der weitere Ausbau elektronischer Meldewege (z. B. durch eSTATISTK.core) sind Beispiele dafür.

Schwieriger scheint es schon, die von den Befragten geforderte Straffung des Erhebungsprogramms der amtlichen Statistik oder eine an der Unternehmenswirklichkeit orientierte Begrifflichkeit bei einzelnen Befragungen zu erreichen. Hier sind die Interessen unterschiedlicher Nutzerkreise betroffen, die erfah-

⁸ Siehe Institut für Mittelstandsforschung Bonn (Hrsg.): Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Bonn 2003.

⁹ Siehe Institut für Mittelstandsforschung Bonn (Hrsg.): Ermittlung bürokratischer Kostenbelastungen in ausgewählten Bereichen. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Bonn 2005.

Kasten 2

Ergänzende Unternehmensbefragung des DIW Berlin

Im Anschluss an die amtliche Belastungserhebung hat das DIW Berlin Informationen über die Inanspruchnahme der Unternehmen durch Datenerhebungen zu statistischen Zwecken, die von anderen Stellen als den Statistischen Ämtern durchgeführt werden („statistische Anfragen im weiteren Sinn“), über den Aufwand für „andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung“ sowie über die Nutzung der amtlichen Statistik mit einer weiteren schriftlichen Befragung erhoben. Die Präzisierung der schwer eingrenzenden Begriffe „Datenerhebungen anderer Stellen zu statistischen Zwecken“ und „andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung“ wurde durch beispielhafte Aufzählungen der in Frage kommenden Stellen bzw. Leistungen vorgenommen.

Die Befragung richtete sich an die rund 4 500 Unternehmen, die sich bei der amtlichen Belastungserhebung mit einer ergänzenden Befragung durch das DIW Berlin einverstanden erklärt hatten. Davon haben rund 1 000 Unternehmen quantitativ verwertbare Auskünfte geliefert (22,2 %). Diese für ein Sample aus prinzipiell auskunftswilligen Teilnehmern relativ geringe Zahl von Antworten erklärt sich wohl vor allem dadurch, dass die Bereitschaft in Unkenntnis des relativ aufwendigen Fragenkatalogs des DIW Berlin erklärt worden war. Trotzdem hat das Antwortsample für das Untersuchungsziel, den Arbeitsaufwand für ausgewählte andere Berichtspflichten der Unternehmen überschlägig zu beziffern, einen ausreichenden Umfang.

Zur Abrundung der Befragungsergebnisse wurden zudem 31 Interviews mit Vertretern ausgewählter Unternehmen und Verbände geführt.

rungsgemäß für eine Verringerung des Angebots an den von ihnen mehr oder weniger dringend benötigten Informationen nur schwer zu gewinnen sind. Auch auf dieser Ebene ist indes auf die zahlreichen, zwischenzeitlich beschlossenen oder umgesetzten Erleichterungen bei den Meldepflichten hinzuweisen. Letztlich sind hier Einsicht und Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaftsverbänden und dem Gesetzgeber als den Hauptnutzern der amtlichen Statistik gefordert. Für die Durchsetzung von Änderungen dürfte allerdings die immer stärkere Verlagerung der Entscheidungen über Informationspflichten auf die europäische Ebene außerordentlich erschwerend wirken.

Im Rahmen der Entlastungsmaßnahmen für die von der amtlichen Statistik betroffenen Unternehmen ist auch eine „Reform der Unternehmensstatistik“ auf den Weg gebracht worden. Dabei geht es um eine Erhöhung der Abschneidegrenze bei ausgewählten Statistiken von 20 auf 50 Beschäftigte – vor allem um die Kleinst- und Kleinunternehmen des verarbeitenden Gewerbes zu entlasten. Unter Belastungsgesichtspunkten mag dies ein wirkungsvoller Schritt sein (Abbildung 6). Ob allerdings der damit verbundene Informationsverlust akzeptabel ist, bleibt sehr umstritten.

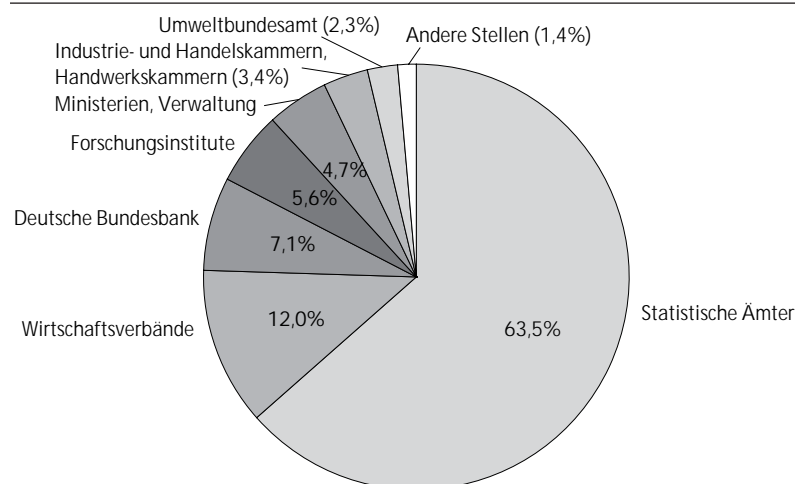
Zwei Drittel des Zeitaufwandes der Unternehmen für statistische Angaben entfallen auf Erhebungen der Statistischen Ämter

Knapp zwei Drittel des Bearbeitungsaufwandes der Unternehmen für statistische Angaben entfällt auf Meldungen an die Statistischen Ämter (Abbildung 7). Hinzu kommen Meldepflichten gegenüber der Deutschen Bundesbank¹⁰ gemäß dem Außenwirtschafts-

Abbildung 7

Von den zur amtlichen Statistik meldepflichtigen Unternehmen¹ gelieferte statistische Informationen im Jahr 2004 nach Empfängern und Zeitaufwand für die Bearbeitung

Anteil ausgewählter Empfänger am gesamten Bearbeitungsaufwand in %



¹ 959 Unternehmen mit einem Bearbeitungsaufwand von 50 900 Stunden.

Quelle: Unternehmensbefragung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

gesetz. Bei den anderen Meldungen dominieren die Anforderungen der Wirtschaftsverbände. Sie und die Kammern beanspruchen zusammen 15,4 % der Arbeitszeit, die von den Unternehmen für statistische Meldungen aufgebracht werden muss. Allerdings handelt es sich bei diesen Meldungen überwiegend um freiwillig erteilte Auskünfte (Kasten 2).

¹⁰ Die Meldungen an die Deutsche Bundesbank werden bei anderer als der hier verwendeten Abgrenzung häufig auch zur amtlichen Statistik gezählt.

Freiwillig ist auch die Beantwortung der Auskunftsersuchen von Forschungsinstituten, auf die 5,6 % des Bearbeitungsaufwandes entfallen. Nicht genau klären ließ sich der Status von Meldungen, die den Angaben der Befragten zufolge von den verschiedenen Ministerien und Verwaltungsstellen angefordert werden. In der Gesamtbetrachtung vergleichsweise unbedeutend sind die übrigen Institutionen, von denen nur die Meldungen an das Umweltbundesamt mit 2,3 % der insgesamt erforderlichen Bearbeitungszeit einen nennenswerten Anteil haben.¹¹

Zeitaufwand für andere Informationspflichten zehn Mal höher als der für die amtliche Statistik

Bei der Ermittlung des Zeitaufwandes für die Beanspruchung der Unternehmen durch andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung wurde der Focus auf gesetzliche Melde- und Informationspflichten im Zusammenhang mit bestimmten Tätigkeitsfeldern der Berichtseinheiten gerichtet. Dies steht im Einklang mit der Begrifflichkeit des aus den Niederlanden stammenden Standard-Kosten-Modells, das die Bundesregierung zum Vorbild für ihre Vorgehensweise beim Bürokratieabbau nehmen will. Jedoch wurden in die Ergänzungsbefragung auch Melde- und Informationspflichten einbezogen, die der Kontrolle der Unternehmensaktivitäten dienen (Einhaltung von Umweltschutzaufgaben, Zollbestimmungen, Arbeitsschutzaufgaben usw.).

Nach den Befragungsergebnissen erfordern Aufzeichnung und Weitergabe von Informationen oder das Ausstellen von Bescheinigungen im Zusammenhang mit Personalwesen, Steuern und Rechnungswesen sowie Produktion/Leistungserstellung in der Summe der Unternehmen einen annähernd gleich großen Aufwand (Abbildung 8). Im Vergleich dazu ist der Aufwand für die Meldungen zur amtlichen Statistik gering: Ihr Anteil an der Gesamtzeit beträgt rund 9 %. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit Resultaten anderer Untersuchungen zum Thema „Bürokratielasten“, die den Anteil „der Statistik“ an der Bürokratiebelastung generell auf unter 12 % beziffern.¹²

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass auswahlbedingt die Berechnungen sich nur auf die Unternehmen beziehen, die im Jahr 2004 zu den Erhebungen der Statistischen Ämter herangezogen wurden.¹³

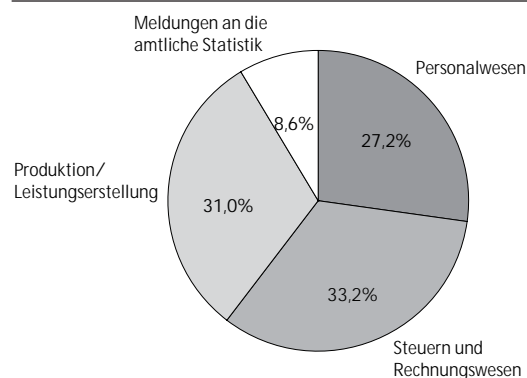
Nutzen amtlicher Statistik noch zu wenig erkannt

Im Rahmen der ergänzenden Unternehmensbefragung des DIW Berlin und bei den Interviews wurde

Abbildung 8

Zeitaufwand der zur amtlichen Statistik meldepflichtigen Unternehmen¹ für die Berichtspflichten im Jahr 2004: Meldungen, Bescheinigungen oder Aufzeichnungen in ausgewählten Tätigkeitsbereichen

Anteil der Bereiche in % des Gesamtaufwandes



¹ 959 Unternehmen mit einem Berichtsaufwand von 376 000 Stunden.

Quelle: Unternehmensbefragung des DIW Berlin. DIW Berlin 2006

auch nach der Nutzung und dem Nutzen von Daten der amtlichen Statistik gefragt. Es zeigte sich, dass die Wirtschaft, repräsentiert durch Unternehmen, Verbände und Gewerkschaften vielfältigen Gebrauch von den Daten der amtlichen Statistik macht. Dabei interessieren vorrangig Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, den Zahlungsbilanzstatistiken, den Außenhandels- sowie den Produktions- und Preisstatistiken.

Die bei ausgewählten Unternehmen und Verbänden geführten Interviews und Gespräche haben gezeigt, dass die amtliche Statistik für größere Unternehmen zwar unmittelbar wichtig ist, dass ihr mittelbarer Nutzen durch den starken Rückgriff der Unternehmen auf Forschungsberichte und andere Expertisen aber noch größer ist. Bei kleinen Unternehmen sind die Statistischen Ämter aufgerufen, den Nutzen von Erhebungen stärker zu verdeutlichen. „Nicht immer nur Paragraphen zum Fragebogen nennen, sondern auch mal Hinweise geben, was mit unseren Angaben geschieht“, lautete oft der Tenor der interviewten Kleinunternehmen.

Darüber hinaus muss die Wirtschaft stärker ihren eigentlichen Informationsbedarf artikulieren, damit die knappen Ressourcen der amtlichen Statistik ef-

¹¹ Dabei liegt es offenbar an der Zusammensetzung des Samples, dass Meldepflichten gegenüber dem Kraftfahrtbundesamt oder dem Bundesamt für Güterverkehr nur selten genannt werden.

¹² Zu Quellenangaben vgl. DIW-Belastungsstudie (Fußnote 1).

¹³ Über die Inanspruchnahme der übrigen Unternehmen durch Melde- und Informationspflichten außerhalb der amtlichen Statistik ist keine Aussage möglich.

fizient eingesetzt werden können. Das setzt voraus, dass der Kontakt zwischen den Statistischen Ämtern auf der einen Seite und den Unternehmen als den Auskunftgebenden und gleichzeitig potentiellen Nutzern auf der anderen Seite intensiviert wird. Auch die Aufwand-Nutzen-Relation muss stärker in den Blickpunkt gerückt werden.

Die politisch Verantwortlichen sind aufgefordert, eher eine Unterstützung als eine weitere Beschneidung der Statistik ins Auge zu fassen. Die teilweise einseitige Sichtweise auf Kosten und Belastung muss durch eine Berücksichtigung der Nutzenseite ergänzt werden.

Fazit

Nur ein kleiner Teil der Unternehmen in Deutschland – rund 530 000 oder 15 % – war 2004 zu Meldungen an die amtliche Statistik verpflichtet, und für diese Unternehmen war der Bearbeitungsaufwand mit durchschnittlich 12,7 Stunden im Jahr eher gering. Eine überschlägige Berechnung auf der Basis dieser Zeitangaben und mit den Stundensätzen der Arbeitskostenerhebung führt zu einem Meldeaufwand von rund 230 Mill. Euro. Diese Ergebnisse sind aufgrund ihrer weitaus breiteren Datenbasis wesentlich besser gesichert als die bisher vorgelegten, die zu ungleich höheren Werten kommen.

Ein Vergleich der Befunde der amtlichen Belastungserhebung mit den Ergebnissen der ergänzenden Befragung ausgewählter Teilnehmer dieser Erhebung nach weiteren „Bürokratielasten“ zeigt zweierlei: Unter den Statistiken im engeren Sinn dominiert der Aufwand für die Datenanforderung der amtlichen Statistik. Berücksichtigt man andere gesetzliche Melde- und Aufzeichnungspflichten, liegt der Aufwand für die amtliche Statistik aber bei deutlich unter 10 % des gesamten Meldeaufwandes.

Nach diesen Befunden ist die amtliche Statistik in der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung nicht der große Belastungsfaktor, als der sie in der öffentlichen Diskussion oft dargestellt wird. Ein schneller und breit spürbarer Erfolg beim Abbau von „Bürokratielasten“ wäre auch bei einer drastischen Reduzierung der statistischen Meldepflichten nicht zu erzielen. Gleichwohl ist auf die hohe Belastung eines Teils der Unternehmen, darunter auch viele kleinere, hinzuweisen, die insbesondere aus der Häufung der Meldepflichten resultiert. Für diese Unternehmen ist es keine Entlastung, dass die große Mehrzahl der anderen diesen Lasten nicht ausgesetzt ist, im Gegenteil. Eine gleichmäßigere Verteilung der Berichtspflichten scheint aus dieser Perspektive dringend geboten zu sein.

Die Befunde zeigen aber auch, dass eine weitere Reduzierung der statistischen Erhebungen nicht nur wegen der geringen Breitenwirkung kein geeigneter Ansatzpunkt zur Verminderung der „Bürokratielasten“ ist. Die Betrachtungen zum Bedarf und zur Nutzung der statistischen Berichtssysteme haben deutlich gemacht, dass die amtlichen Statistiken für Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft unverzichtbar sind, auch wenn ihr Nutzen von den verschiedenen Anwendergruppen nicht immer so eingeschätzt wird.

Gemeinsam mit den Statistischen Ämtern sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, wie die deutsche amtliche Statistik das Nebeneinander von europäischen und nationalen Interessen bei der starken Stellung der Europäischen Union und der Europäischen Zentralbank („First for Europe“) bewältigen kann. Das ist deshalb wichtig, weil schon heute fast zwei Drittel der Wirtschaftsstatistik in Deutschland auf Verordnungen und Richtlinien der EU zurück gehen. Und als Folge des Lissabon-Prozesses ist eher mit einer Zunahme von statistischen Indikatoren zur politischen Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung zu rechnen als mit einem Abbau der europäischen Statistikanforderungen. Die vorliegende Untersuchung hat auch Ansatzpunkte für eine sachgerechte Anpassung der amtlichen Berichtssysteme an den Wandel des Informationsbedarfs und die Möglichkeiten der Datenlieferanten ergeben.

Darüber hinaus ist die Politik aufgerufen, im nationalen Rahmen für eine Flexibilisierung der Rechtsgrundlagen zu sorgen,¹⁴ um eine schnelle Reaktion der Statistischen Ämter auf akut auftretende Fragestellungen sicherzustellen. Diese sind oft Folge gesellschaftlicher Veränderungen, für deren Akzeptanz in der Bevölkerung die Medien, aber auch die politischen Mandatsträger Verantwortung tragen. Hierzu ist es erforderlich, der Gesellschaft die Bedeutung von amtlichen Statistiken als öffentliches Gut stärker bewusst zu machen.

Die Wissenschaft wird aufgefordert, die teilweise immer noch vorhandene Kommunikationsbarriere zwischen ihren Datennutzern und den Statistischen Ämtern als den Datenproduzenten zu überwinden. Es ist zu hoffen, dass die Bestrebungen des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten zur besseren Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik weitere Erfolge zeigen und dass die Weiterführung der Forschungsdatenzentren mit einem noch umfangreicheren, kostengünstigen Datenangebot zu einer stärkeren Anerkennung des Nutzens amtlicher Statistiken führt.

¹⁴ Vgl. Jürgen Schupp, Reiner Stäglin und Gert G. Wagner: Entbürokratisierung der Statistik durch Flexibilisierung. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 24/2003.

Nachrichten aus dem DIW Berlin

Katharina Spieß gemeinsam mit der FU zur Universitätsprofessorin berufen

Der Präsident der Freien Universität Berlin hat C. Katharina Spieß zum 1. Juli 2006 zur Professorin (W3-Professur) für das Fachgebiet „Familien- und Bildungsökonomie“ ernannt. Frau Spieß wurde von der FU gemeinsam mit dem DIW Berlin berufen, wo sie weiterhin bei der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) mitarbeiten wird. C. Katharina Spieß hatte zwei weitere Rufe an die Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) und an das Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) der Universität Bremen erhalten, die sie abgelehnt hat. Bei der Professur an der FU Berlin handelt es sich um die erste Professur auf dem Fachgebiet Familien- und Bildungsökonomie in einem erziehungswissenschaftlichen Fachbereich an einer deutschen Universität.

Prof. Gert G. Wagner, Forschungsdirektor am DIW Berlin und Leiter des SOEP, wertet die Berufung von C. Katharina Spieß als einen großen Erfolg der Forschungslandschaft in Berlin. „Die Professur für Frau Spieß stärkt die Verbindung der Berliner Universitäten mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen – so wie es der Wissenschaftsrat empfiehlt. Es ist nicht nur die erste gemeinsame Berufung einer Universität mit einem Leibniz-Institut unterhalb der Ebene der Instituts- oder Abteilungsleitung, sondern besonders gut ist, dass eine Frau berufen wurde“, betont Wagner, der selbst Mitglied im Wissenschaftsrat ist. „Aufgrund der hervorragenden Qualifikation von Katharina Spieß, die nicht nur durch zwei weitere Rufe, sondern auch mit beruflicher Erfahrung außerhalb des Wissenschaftssystems unterstrichen wurde, ist diese gemeinsame Berufung auch leicht gefallen“.

C. Katharina Spieß forscht bereits seit über zehn Jahren zum Themenkreis Familien- und Bildungsökonomie in der frühen Kindheit und war damit einer der Pioniere auf diesem Gebiet in Deutschland. In den USA, wo C. Katharina Spieß mehrere Forschungsaufenthalte verbrachte, wird der Bereich der Economics of Child Care schon sehr lange von namhaften Ökonomen, wie z.B. dem Nobelpreisträger James Heckman bearbeitet. In Deutschland ist es dagegen eine neuere Entwicklung, dass sich empirisch arbeitende Ökonomen mit entsprechenden Themen befassen.

C. Katharina Spieß studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim und wurde an der Ruhr-Universität Bochum promoviert. Danach war sie mehrere Jahre Projektleiterin bei der Prognos AG. Sie ist seit dem Jahr 2000 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin. Im Frühjahr 2005 hat sie sich an der TU Berlin habilitiert. In den Jahren 2003 bis 2005 war C. K. Spieß Mitglied der Kommission für den 7. Familienbericht der Bundesregierung.

C. Katharina Spieß hat schon Anfang der 90er Jahre auf der Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) Analysen im familien- und bildungsökonomischen Kontext durchgeführt und damit die deutsche Debatte um valide und repräsentative Informationen bereichert. Inzwischen werden in der deutschen Diskussion ökonomische Inhalte von etlichen Akteuren benannt, z.B. wenn es um den Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland geht. Spieß hat in dieser Debatte maßgeblich auf den volkswirtschaftlichen Nutzen eines solchen Ausbaus hingewiesen und mit einem Plädoyer für eine nachfrageorientierte Finanzierung von Kindertageseinrichtungen zu Veränderungen beigetragen. Ein wichtiges Element einer nachhaltigen Familienpolitik sieht sie langfristig in einer Familienkasse; einem Ansatzpunkt, den sie weiterentwickelte und in die deutsche Diskussion mit einführte.

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph.D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,– (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmacher GmbH & Co. KG